

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Problemstellung	1
1. Kapitel	
Die Rechtsnatur und die Ermittlung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung	7
§ 1. Die induktive Ermittlung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung	7
I. Die Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung im Handelsgesetzbuch von 1897	7
1. Die Kodifikation des § 38 Abs. 1 HGB 1897	7
2. Die Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung im Verständnis des historischen Gesetzgebers	9
a) Die Denkschrift zum Handelsgesetzbuch von 1897	9
b) Die Auslegung von Art. 1 ADHGB durch das Reichsoberhandelsgericht	10
II. Die Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung als Wohnheitsrecht	12
1. Die Voraussetzungen des Wohnheitsrechts	12
a) Die tatsächliche Übung	12
b) Die opinio necessitatis	16
2. Die zum Wohnheitsrecht erstarkte Rechtsprechung der Bundesgerichte	17
III. Die Gewinnung gewohnheitsrechtlich geltender Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung als Akt richterlicher Wertung	19
§ 2. Die Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung als unbestimmter Rechtsbegriff	21
I. Die Wandlung der GoB-Interpretation als Folge der Grenzen induktiver GoB-Ermittlung	21

XI

1. Die ersten Ansätze bei Becker: Die Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung als Rechtssätze	21
2. Die Lehre Dölleners: Die Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung als Rechtsquellen mit abgeleiteter Rechtssatzwirkung	23
3. Die Meinung von Kruse: Die Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung als Stücke offengelassener Gesetzgebung	27
4. Die Auffassung des Bundesfinanzhofes: Die Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung als unbestimmter Rechtsbegriff	30
II. Die Möglichkeiten und Grenzen deduktiver GoB-Ermittlung	31
1. Die Voraussetzung der Erkennbarkeit von Jahresabschlußaufgaben	31
a) Die Ableitung der handelsbilanzrechtlichen Werturteile aus den gewachsenen Bilanzaufgaben	31
b) Die Bestimmung der handelsbilanzrechtlichen Werturteile aus den ökonomischen Aufgaben der Bilanz	33
c) Die Gewinnung der gesetzlichen Werturteile durch Auslegung des Handelsbilanzrechts	37
2. Die Deduktionsfähigkeit der gesetzlichen Bilanzzwecke	42
a) Der Jahresabschluß als Meßinstrument: Die Wertungsabhängigkeit von Finanzierungshypothesen und Reduktionsmodellen	42
b) Die Präzisierung gesetzlicher Bilanzzwecke durch die Anlehnung an eine klassische Bilanztheorie	50
c) Die Konkretisierung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung durch die Dogmatik des Bundesfinanzhofes	52
3. Die Lösung von Bilanzzweckkollisionen	55
§ 3. Das System der handelsrechtlichen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung	58
I. Die Möglichkeiten und Grenzen der Bildung eines inneren Systems von Bilanzierungsprinzipien	58

II. Die Skizze des Systems der kodifizierten Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung	60
1. Das Prinzip der vorsichtsgeprägten, verlustantizipierenden Umsatzgewinnermittlung	60
2. Das Prinzip der vereinfachten und objektivierten Bestimmung des Umsatzgewinns	63
3. Die Ausschüttungsregelung als Primäraufgabe des handelsrechtlichen Jahresabschlusses	63

2. Kapitel

Die Anwendung des Systems handelsrechtlicher Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung auf erfolgswirksame Vermögensgegenstände	67
--	----

§ 4. Die Konkretisierung erfolgswirksamer Vermögenszugänge durch das Prinzip des quasisicheren Anspruchs	67
--	----

I. Das Prinzip des quasisicheren Anspruchs	67
1. Die Quasisicherheit des Gewinns bei Lieferung oder Leistung	67
2. Das Verhältnis von wirtschaftlicher und zivilrechtlicher Betrachtung der Gewinnrealisation	70

II. Die Möglichkeiten und Grenzen der bürgerlich-rechtlichen Objektivierung des Gewinnrealisationszeitpunktes	71
1. Die Gewinnrealisation mit der Vertragserfüllung	71
2. Die Gewinnverwirklichung mit der Leistungshandlung	79
3. Der Gewinnausweis mit dem Übergang der Preisgefahr	81
a) Die Gewinnverwirklichung im Regelfall des Preisgefahrenübergangs mit der bürgerlich-rechtlichen Vertragserfüllung	81
b) Die Gewinnrealisation beim Preisgefahrenübergang vor Vertragserfüllung	88
1) Die Gewinnentstehung beim Verkauf beweglicher Sachen	88
2) Die Gewinnverwirklichung bei Werklieferungsverträgen	93

3) Die Gewinnrealisierung bei Leasingverträgen .	96
4) Der Gewinnausweis bei Grundstücksveräußerungen	99
5) Die Gewinnrealisation bei Annahmeverzug . .	100
4. Der Erwerb des wirtschaftlichen Eigentums als subsidiäres Realisationskriterium	102
a) Die Bedeutung des Erwerbs des wirtschaftlichen Eigentums für den Gewinnausweis	102
b) Die Konkretisierung des Erwerbs des wirtschaftlichen Eigentums	104
1) Der Gewinnausweis beim Verkauf beweglicher Sachen	104
2) Die Gewinnrealisation bei Werklieferungsverträgen	112
3) Die Gewinnverwirklichung bei formnichtigen Grundstückskaufverträgen	112
5. Die Möglichkeiten und Grenzen vereinfachter Gewinnrealisation	116
6. Das Verhältnis der Gewinnrealisation zur Umsatzrealisation	117
§ 5. Die Objektivierung erfolgswirksamer Vermögensgegenstände durch das Prinzip der selbständigen Bewertbarkeit	120
I. Die Bilanzierung mehrwertiger Forderungen	120
II. Der Risikenausgleich im Forderungskollektiv	121
III. Die Gewinnrealisation dem Grunde nach beim Tausch .	123
§ 6. Die Definition erfolgswirksamer Anschaffungskosten durch das Einnahmenantizipationsprinzip	130
I. Die Einnahmenorientierung des handelsrechtlichen Realisationsprinzips	130
II. Die Anschaffungskosten mehrwertiger Forderungen . .	132
III. Die Anschaffungskosten verdeckt verzinslicher Forderungen aus Lieferung und Leistung	135

IV. Die Bewertung umsatzinduzierter Fremdwährungsfor- derungen mit Anschaffungskosten	136
V. Die Anschaffungskosten beim Tausch	137
Zusammenfassung	141
Literaturverzeichnis	143
Urteilsverzeichnis	153
Verzeichnis der Gesetze und Gesetzesmaterialien	157
Sachregister	158